Zeitschrift: Schweizer Spiegel

Herausgeber: Guggenbühl und Huber

Band: 30 (1954-1955)

Heft: 4

Artikel: Blick in die Welt

Autor: Schürch, Ernst

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1071237

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BLICK IN



DIE WELT

Ernst Schürch

VERSCHIEBUNGEN

Die große Politik steht am Jahreswechsel nicht, wie man gehofft hatte, im Zeichen der Entscheidung, sondern in dem der Verschiebung. Der Ersatz für die ursprünglich französische Idee der Verteidigungsgemeinschaft ist dank dem plötzlichen Näherrücken Englands überraschend schnell gefunden worden; aber mit der Verwirklichung der Londoner und Pariser Verträge hat es gute (oder vielleicht eher böse) Weile. Je länger die Ratifikation auf sich warten läßt, um so mehr Hindernisse türmen sich auf.

Noch ist der Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich nicht beseitigt, die Saarfrage nicht bereinigt. Inzwischen tritt die westdeutsche Sozialdemokratie immer schärfer in der ihr schlechtsitzenden Rolle des Nationalismus auf. Belgien hat eine nicht zu überhörende Warnung erlassen, indem sein Wortführer öffentlich erklärte, es verschiebe die Ratifikation bis nach dem Entscheid der großen Mächte. Damit ist die Verantwortung für das, was kommen soll, richtig ausgeschieden und zugeteilt.

Eine Verschiebung anderer Art sehen wir in den Vereinigten Staaten vor sich gehen. Nicht nur ist die Mehrheit im Kongreß von der Partei des regierenden Präsidenten auf die Opposition hinüber gerutscht. Das war schon oft der Fall, und man nahm es als ein Vorzeichen des Umschwunges bei der nächsten Präsidentenwahl. Das Zweiparteiensystem, zu dem doch die Vereinigten Staaten wie Großbritannien nach allen Versuchen mit einer dritten Partei immer wieder zurückkehren, scheint fürs erste außer Funktion gerüttelt zu sein; ja die Grundbegriffe Regierungspartei und Opposition sind in Verwirrung geraten.

Eisenhower hat sich vor den Parlamentswahlen vom letzten Allerseelentag redlich bemüht, die republikanische Mehrheit zu retten, da er nur mit einer solchen einen sichern Kurs steuern könne. Er hat sich zugunsten aller Kandidaten seiner Partei exponiert und damit wohl einen eigentlichen Erdrutsch verhütet. Er mußte sich aber von Adlai Stevenson nachweisen lassen, daß er in seinen ersten zwei Regierungsjahren mehr Unterstützung bei den Demokraten gefunden habe als bei seinen eigenen Parteifreunden.

Das kam zunächst daher, weil die Republikaner das Vorwiegen der Präsidentschaft selber, dem sie sich zwanzig Jahre lang unter zwei starken Persönlichkeiten widerwillig hatten fügen müssen, umkehren und den Staatschef durch die Vorrechte des Senates zurückbinden wollten. Darum ursprünglich so wenig Widerstand gegen den Mißbrauch der parlamentarischen Untersuchungskompetenzen durch den Zersetzungspolitiker MacCarthy.

Man hätte erwartet, daß die Partei des Präsidenten, als sie in die Minderheit versetzt wurde, ihre Reihen wieder schließen würde. Aber das Gegenteil trat ein. Vor aller Augen ist sie im Senat in zwei Hälften auseinandergefallen. Daß ihr Führer Knowland durch eine öffentliche Erklärung von Eisenhower, dem MacCarthy schon den Kampf angesagt hatte, abfiel, zeigt mehr als nur eine hoffnungslose Verlotterung der republikanischen Partei. Die Weisen der Politik drüben verstehen diese Vorgänge schon als sichere Anzeichen einer politischen Spekulation à la baisse: 1956 müsse Eisenhower auf alle Fälle beseitigt werden, sei es auch durch eine republikanische Niederlage.

Nun steht nicht fest, ob er noch einmal kandidiert. Fest steht nur, daß die Zerrüttung seiner Partei ihn einstweilen freier regieren läßt als zuvor.

